Neue Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.neuehelvetischebank.ch

Freitag, 27. Februar 2015 | Nr. 9 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DIE SVP MUSS ANS RUDER

Wir haben die Wahl!

Wahltag ist Zahltag – wir alle kennen den Spruch. Am Wahltag wird beurteilt, wie gut die Politik ist, die ein Politiker oder eine Politikerin in der Vergangenheit gemacht hat. Daraus werden Schlüsse für die Zukunft gezogen: Liegt das Ruder in den richtigen Händen, wenn wir zusammen in die Zukunft aufbrechen? Wie die Antwort ausfällt, hängt nicht nur von der Person ab, die da gewählt werden möchte. Sie hängt auch davon ab, was wir von der Zukunft erwarten. Wird lauter Sonnenschein prognostiziert, werden andere Personen für geeignet gehalten, als wenn die Zeichen auf Wind und Wolken stehen.

Markus Kägi
Regierungsrat SVP
Niederglatt

So wie das Jahr begonnen hat, lässt es vorerst keinen ruhigen Seegang erwarten. Am 15. Januar, als die Nationalbank den Euro-Mindestkurs aufgab, legte unser Wahlmotto «Stabilität und Sicherheit» noch einmal kräftig an Bedeutung zu. Spätestens jetzt muss uns allen klar sein: Die Qualität des Standorts Zürich, unser Wohlstand, das hohe Sicherheitsniveau der Schweiz, dies alles ist nicht selbstverständlich. Wir alle sind aufgerufen, uns dafür einzusetzen, gerade auch an der Urne, ob am 12. April oder am 18. Oktober, wenn die eidgenössischen Wahlen stattfinden.

Schleichender Entmündigung Einhalt gebieten

Dass wir aber überhaupt eine Wahl haben, das können wir nicht genug wertschätzen. Wir haben die Wahl nicht nur bei den Wahlen, sondern auch bei vielen Abstimmungen – dank der direkten Demokratie. Sie macht die Schweiz zum Land der Wahl! Das sollten wir insbesondere dann nicht vergessen, wenn uns irgendwelche Sachzwänge angeblich gar keine Wahl mehr lassen und plötzlich das Gespenst der «Alternativlosigkeit» umgeht. Dieses Gespenst begegnet uns in vielerlei Gestalt. Mal heisst es EU oder Euro. Mal heisst es Völkerrecht oder «Strassburg». Mal heisst es Masseneinwanderung oder Energiewende. Stets wird dabei auf die Unausweichlichkeit irgendwelcher Fakten gepocht. Die haben wir offenbar zu akzeptieren, ohne Aussicht auf Alternativen und ohne eine Wahl zu haben.

Wer's glaubt! Der schleichenden Entmündigung, die mit der Verbreitung solcher «Fakten» einhergeht, muss Einhalt geboten werden. Die so genannte Energiewende zeigt sehr gut, wie wenig eigentlich an den Fakten dran ist und wie viel davon nichts weiter ist als Ideologie und Manipulation. Vier Jahre nach Fukushima ist noch immer von einer «Wende» die Rede. Aber wo bleibt sie denn? Wie sieht sie aus? Kommt sie noch oder war's das schon? Alles, was mit diesem endlosen Gerede ausgelöst wird, ist eine massive Erosion der Rechts- und Planungssicherheit: Gift für unsere Wirtschaft, gerade in der heutigen Zeit!

Ländliche Räume frei halten

Man hätte sich die Diskussion darüber schenken und auf den Weg bauen können, den wir seit vielen Jahren erfolgreich gegangen sind. Er hat uns zu einer sicheren Energieversorgung geführt, zu einem stabilen Verbrauch trotz Bevölkerungszunahme, zu einer Senkung des CO_2-Ausstosses und zu Bauvorschriften, die den Energieverbrauch von Neubauten auf ein Niveau gesenkt haben, das immer wieder für Erstaunen sorgt. Wer darin eine Wende erkennen will, darf das gerne tun. Wenigstens lägen ihr echte Fakten zugrunde …

Als wichtigster Wirtschaftsstandort der Schweiz ist der Kanton Zürich auf eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung angewiesen. Voraussetzung dafür ist ein sicheres Stromnetz, das in der öffentlichen Hand verbleiben soll. Die Stromproduktion ist Sache der Energiewirtschaft. Ich unterstütze die Entwicklung energieeffizienter Techniken, Verbrauchsvorschriften lehne ich aber ebenso ab wie Sanierungsverpflichtungen für bestehende Bauten. Zur weiteren Reduktion des CO_2-Ausstosses soll die Erneuerung des Gebäudeparks gefördert werden, insbesondere mit Anreizen für eine Siedlungsverdichtung nach innen und einer Strategie der kurzen Wege. Hier ist die Raumplanung gefragt.

Dies zeigt, wie sehr wir in Zusammenhängen denken müssen. Der grosse Erfolg des Kantons Zürich im Bereich der Raumplanung geht einher mit seiner seriös betriebenen Energiepolitik. Vom neuen Richtplan, der vom Kantonsrat im März 2014 mit grossem Mehr neu festgesetzt wurde, können wir uns aber nicht nur im Bereich Energie viel versprechen. Er ermöglicht es uns, die Siedlungsfläche insgesamt nicht weiter auszudehnen und die ländlichen Räume frei zu halten. Dies vor allem auch zugunsten der Landwirtschaft, die einen wichtigen Beitrag leistet zu unserer Stabilität und Sicherheit. Wir müssen an unsere Ernährungssicherheit denken, gerade in einer Zeit, da Krisen, kriegerisches Säbelrasseln oder offene Konflikte wieder vermehrt in den Schlagzeilen auftauchen. Wir sind gehalten, unsere eigenen Kräfte zu mobilisieren und nicht darauf zu vertrauen, dass sich die Probleme im europäischen Umfeld ganz von selbst lösen werden.

Realitätsnahe Politik ist gefragt

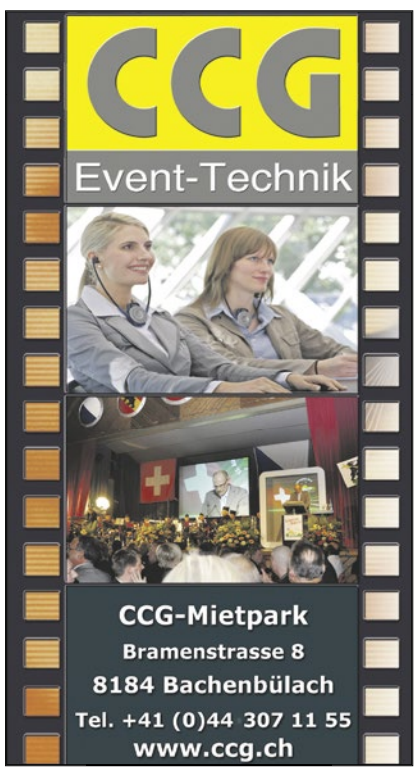
Eine funktionierende Landwirtschaft setzt eine intakte Umwelt voraus. Wenn wir mit Hilfe der Raumplanung den Siedlungsraum begrenzen, die Siedlungsentwicklung nach innen und gleichzeitig die Naherholungsgebiete fördern, die gefahrenen Wege verkürzen und den öffentlichen Verkehr ausbauen, hat dies alles positive Auswirkungen auf unsere Umwelt. Sie ist nicht etwas, das irgendwo «draussen» und abgesondert existiert. Wir alle leben mitten in dieser Umwelt, wir nutzen sie, sie ist unsere Lebens- und Produktionsgrundlage, und gerade auch in dieser Eigenschaft müssen wir sie schützen, also nicht nur dort, wo sie uns als scheinbar unberührte Natur begegnet.

Energie, Raumplanung, Umwelt – alles Faktoren, die für Stabilität und Sicherheit unverzichtbar sind. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang auch die Infrastrukturen und der Hochwasserschutz mit ihrem je eigenen Bezug zu Energie-, Raumplanungs- und Umweltfragen. Dieses komplexe Gesamtsystem ist mit der Verkündigung thematisch isolierter «Wenden» und dem Operieren mit vorgeblichen Fakten nicht am Leben zu erhalten. Was es braucht, ist eine realitätsnahe Politik, die Verantwortung übernimmt und sich von Modeerscheinungen nicht aus dem Tritt bringen lässt. Es ist die Politik der SVP. Bringen wir sie ans Ruder. Wir haben die Wahl!

Wie Bundesbern die Schweiz preisgibt
Eine Klarstellung
Referent:
Christoph Blocher
www.blocher.ch
Samstag,
7. März 2015
10:30 Uhr
(Türöffnung 10:00 Uhr)
Swissôtel Zürich,
Schulstrasse 44, Zürich

Anreise
Das Swissôtel befindet sich direkt vis à vis vom Bahnhof Zürich-Oerlikon, an der Schulstrasse 44, 8050 Zürich-Oerlikon. Parkplätze sind im Parking Neumarkt (öffentliches Parkhaus) vorhanden.
Herzlich laden wir Sie zu dieser öffentlichen Veranstaltung ein!
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes
Eine Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich. Wir danken für Ihre Spende auf PC 80-35741-3.

Für nur 320 Franken können auch Sie hier den Kontakt zu Ihren Wählern pflegen und neue gewinnen.
Inserate «Der Zürcher Bote»:
print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

IMBACH
wandern weltweit

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell
Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen
Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen
Jungpflanzen für Weihnachtsbäume
Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung
Fordern Sie unsere Preisliste an!
jk
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Wieder in den Kantonsrat
Für Sicherheit & Stabilität

jhofer.ch
Liste 1
2x auf Ihre Liste
Jacqueline Hofer
· Kantonsrätin Dübendorf
· 1. Vize-Präsidentin GR Dübendorf
· Justizkommission des Kantons Zürich
· Parlamentarische Gewerbegruppe, Wohn- und Grundeigentum und Sport
· Vorstand Kantonaler Gewerbeverb. Zürich
· Präsidentin Bezirksgewerbeverband Uster
· HEV Dübendorf & Oberes Glattal / Uster
Wahlspenden: PC-Konto Nr. 87-786913-1
Markus Kägi und Ernst Stocker wieder in den Regierungsrat
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP

Christoph Mörgeli

Ganz gemütlich griechisch grillen

Plötzlich erstarrten die sonst redseligen Deutschen in peinlichem Schweigen. Die neuen kommunistischen Machthaber Griechenlands hatten soeben elf Milliarden deutscher Kriegsschulden eingefordert. Dabei lieben die Deutschen die Griechen: Nana Mouskouri, Costa Cordalis, Vicky Leandros. Griechischer Wein ist so wie das Blut der Erde. Dank Neckermann glaubt ganz Deutschland, das zu achtzig Prozent gebirgige Urlaubsziel bestehe bloss aus putzigen Inseldörfchen im tiefblauen Mittelmeer. Darum greift man den etwas schlampigen Hellenen gerne unter die Arme. Schon 1832 schickten ihnen die Deutschen den Bayernprinzen Otto als König. Oder mit dem Staatsarchitekten Ernst Ziller («Ernestos Tsiller») eine Art verfrühten Albert Speer nach Athen. Oder mit Otto Rehhagel den Trainer der griechischen Nationalmannschaft.

Das reichste EU-Land hat sein ärmstes Brüderchen ins Herz geschlossen. Die Deutschen wollten die Griechen aus ideologischen Gründen unbedingt im Klub haben – auch aus historischer Schuld angesichts des barbarischen Besatzungstreibens durch die Wehrmacht. Man verzieh vieles, damit verziehen werde. Noch nachdem Griechenland 1981 EU-Mitglied geworden war, galten dort die Kinder protestantischer Eltern als «unehelich». Jede Regierung wird noch heute durch den orthodoxen Erzbischof vereidigt. Jedermann wusste 2001, dass der Eintritt in die Euro-Zone nur dank Statistikfälschung sowie Verschleierung von Staatsverschuldung und allgegenwärtiger Korruption zustande kam.

Der hellenische Wahlspruch «Freiheit oder Tod» ist so ernst nicht mehr gemeint. Darum gibt's auch keinen bewaffneten Aufstand gegen das verhasste EU-Schuldendiktat. Will man das hoffnungslos verschuldete Mitglied von der EU trennen wie 1893 die peloponnesische Halbinsel vom Festland durch den Kanal von Korinth? Mitnichten. Die Deutschen zahlen und machen Witze. «Griechisch grillen» nennen sie das Grillen ohne Kohle. Derweil verhandeln sie geduldig mit Griechenlands frechen Linken. Sie gewähren den empfindlichen Südländern nebst weiteren Milliarden und Zeitaufschub vor allem ihre Würde. Darum heisst die verhasste «Troika» neu «Die Institutionen». Auch im Umbenennen von Begriffen sind die Deutschen stark: Adolf Hitler nannte die den Griechen aufgezwungenen Besatzungskosten ganz einfach «Aufbaukosten».

VORSCHAU FRÜHJAHRSSESSION 2015

Sicherheitsfragen und Volksinitiativen bestimmen Traktandenliste

Im knappen Vierteljahr seit der Wintersession 2014 mussten wir brutale Terrorangriffe mit vielen Todesopfern in drei europäischen Ländern miterleben: Frankreich, Belgien und Dänemark. Die Frage nach der Sicherheit der Schweiz ist längst nicht mehr bloss Theoriestoff für Drehbücher zu Gesamtverteidigungsübungen. Das zeigt auch ein Blick auf die Traktanden der eidgenössischen Räte für die Frühjahrssession 2015.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Mehrere Traktanden des Nationalrats gelten der Bekämpfung der Kriminalität. Ganz oben steht das Ringen um die gesetzgeberische Umsetzung des am 28. November 2010 von Volk und Ständen gutgeheissenen Verfassungsartikels über die Ausschaffung krimineller Ausländer (SVP-Initiative). Der Bundesrat warnt vor einem Ausweisungsautomatismus und verlangt «so weit als möglich» die Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips in der Bundesverfassung, der völkerrechtlichen Menschenrechtsgarantien und des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU.

Dies hat die Räte gespalten, weil vor lauter diffusen Ausnahmen der Verfassungsauftrag fast nicht mehr zu erkennen ist. Kriminelle, die wegen Gefährdung in ihren Herkunftsländern nicht ausgeschafft werden könnten, sollten einfach «ohne jegliche Rechtsansprüche» auf Erwerbstätigkeit, Familiennachzug und Sozialhilfe in der Schweiz bleiben dürfen. «Bei Bedarf wird Nothilfe ausgerichtet», verspricht der Bundesrat. Diese verurteilten Rechtsbrecher wären zwar nicht «vorläufig aufgenommen», aber halt einfach weiterhin da. «Härtefallklausel» lautet das Zauberwort, mit dem der Volkswille nachträglich ausgehebelt werden soll. Und die weichere Variante: «Automatische Ausschaffung mit Ausnahmen.»

Abwehr mit Nachholbedarf

Ebenfalls im Nationalrat wird über ein Abkommen mit Kosovo zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität durch Polizeizusammenarbeit zu entscheiden sein. Der Bundesrat empfiehlt, «das Verbrechen aus Südosteuropa besser zu bekämpfen», insbesondere die organisierte Kriminalität, den Menschenhandel und -schmuggel sowie den Drogenhandel und Terrorismus. Ähnliche Abkommen hat die Schweiz bereits mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien unterzeichnet. Im Vordergrund stehen «Informationen zu verdächtigen Personen, gemeinsame Gefahrenanalysen oder gemischte Ermittlungsgruppen».

Auch in der Schweiz wird aufgerüstet. Der Nationalrat soll knapp 100 Mio. Franken bewilligen, um das Verarbeitungssystem zur Fernmeldeüberwachung zu modernisieren und die polizeilichen Informationssysteme des Bundes auszubauen. Es geht um die Überwachung der Telefon- und Internet-Kommunikation zur Verfolgung schwerer Straftaten. Nicht genug damit! Ein neues Nachrichtendienstgesetz soll «Aufgaben, Schranken und Kontrolle des Nachrichtendienstes des Bundes im In- und Ausland» entsprechend den heutigen Bedrohungen regeln. Für den Bundesrat stehen das Erkennen von Bedrohungen und Gefahren zum Schutz der Schweiz, der Schutz kritischer Infrastrukturen, des Finanz- und Wirtschaftsplatzes oder vor Entführungen schweizerischer Staatsangehöriger im Ausland im Vordergrund. Skeptiker werden beruhigt, der Schutz der Privatsphäre bleibe «möglichst unangetastet». Der Bundesrat strebe eine «Stärkung der inneren und äusseren Sicherheit» an, die «der Bedrohungslage angemessen» sei – eine «ausgewogene Lösung zwischen Freiheit und Sicherheit».

Wenn beide Kammern dieses Konzept gutheissen, kann der Bundesrat Organisationen oder Gruppierungen verbieten, die terroristische oder gewalttätig-extremistische Aktivitäten in der Schweiz propagieren, unterstützen oder in anderer Weise fördern. Aus Sicht der skeptischen nationalrätlichen Rechtskommission, deren Beurteilung ich auch als Kommissionsmitglied teile, wären allerdings die parlamentarischen Aufsichtsmechanismen noch zu verstärken.

Initiativen mit Zündstoff

Gleich mehrere Volksinitiativen mit Zündstoff dürften für kontroverse Debatten sorgen. Zum Beispiel die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Zwar deckt sich das Volksbegehren grundsätzlich mit den Absichten des Bundesrats, eine längst versprochene und vom Bundesgericht schon 1984 verlangte Besteuerung zu schaffen, welche die Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren beseitigt. Beim Bund stehen dadurch Einnahmen von maximal 2,3 Milliarden Franken auf dem Spiel.

Doch eine ganz besondere Angriffsfläche, die den Ständerat im Rahmen eines von den CVP-Initianten selber nachträglich produzierten «Gegenvorschlags» beschäftigen wird, bietet der Verfassungssatz, wonach die Ehe als «auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» zu definieren sei. Andere Partnerschaftsformen würden dadurch diskriminiert, wird befürchtet. Für die CVP ist das eine Zwickmühle, aus der sie sich «einfach» durch Streichung des umstrittenen und von 120 000 Stimmberechtigten unterschriebenen Textteils befreien möchte ...

Verkehrsfinanzierung wie weiter?

Die «Milchkuh»-Volksinitiative der Automobil- und Strassenverkehrsverbände «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» möchte eine vollständige Zweckbindung der Mineralölsteuern für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr festschreiben. Dazu sagt der Bundesrat Nein, ohne Gegenvorschlag.

Heute ist die Hälfte der Mineralölsteuern (1,5 Milliarden Franken pro Jahr) für Strassenzwecke bestimmt; die andere Hälfte fliesst «für übrige Aufgaben» in die allgemeine Bundeskasse. Als Erstrat hat sich die Kleine Kammer damit zu befassen. Der Bundesrat droht mit Leistungskürzungen: «Einsparungen könnten kurzfristig nur bei den schwach gebundenen Ausgaben vorgenommen werden, unter anderem bei Bildung und Forschung, beim öffentlichen Verkehr, der Landesverteidigung sowie der Landwirtschaft».

Klartext reden

«Der Bundesrat muss nun endlich in Brüssel einmal sagen, dass wir nicht Mitglied der EU sind und es nicht werden wollen. Wir sind auch nicht Mitglied des Binnenmarktes, sondern ein unabhängiger Drittstaat. Und die Bevölkerung dieses Drittstaates hat demokratisch beschlossen, dass die Zuwanderung eigenständig gesteuert werden soll.»

Alt Bundesrat Christoph Blocher in einem Interview mit der «Basler Zeitung» vom 12. Februar 2015

Die andere Meinung

Die SVP, der ich seit 50 Jahren angehöre, ist die Kraft in unserem Land, die sich für die Grundwerte Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung einsetzt. Es sind die gleichen Werte, die der Westen gegenüber einem radikalisierten Islam verteidigen muss. Nachdem dies gesagt ist, ein paar Worte zur Einwanderung.

Die Volksabstimmung vom Februar letzten Jahres war ein so knapper Entscheid, dass man auch gut von einem Patt reden könnte. Stattdessen feiern wir das Zufallsmehr als Markstein einer neuen Migrationspolitik, die der Bundesrat gefälligst sofort umzusetzen hat – ohne Wenn und Aber. Der auf Messers Schneide genehmigte Verfassungstext ist plötzlich die heiligste aller Kühe, die Adrian Amstutz im Augiasstall zu Bern am liebsten hütet. Ich finde, wir würden am besten nochmals abstimmen. In der Zwischenzeit haben auch viele Bürger in unserer Partei eingesehen, dass wir mit dieser knapp angenommenen Initiative nur in Probleme hineingelaufen sind.

Die Personenfreizügigkeit in Europa ist eine Errungenschaft der letzten Jahrzehnte. Wer will sie schon preisgeben? Etwa die vielen Jungen, die unserer Partei wieder vermehrt zuströmen? Kaum. Dann die Bewirtschaftung der Arbeitsstellen mit Kontingenten, um die Zuwanderung zu begrenzen, bedeutet mehr Staat, mehr Bürokratie, mehr Kosten.

Wir waren schon immer auf die Ausländer angewiesen. Sie haben uns stets Innovation und Fortschritt gebracht. Unser Gesundheitssystem würde heute ohne die Ärzte und das Pflegepersonal aus Deutschland zusammenbrechen. Nicht zu reden von all den gescheiten Köpfen, die Industrie, Forschung, Innovation voranbringen und zu einem grossen Teil aus dem Ausland stammen, aus Indien, den USA, Israel, Deutschland, um nur einige Länder zu nennen.

Wenn Christoph Blocher erklärt, wir hätten mit dem Kontingentssystem 37 Jahre gute Erfahrungen gesammelt, stimmt dies höchstens für die Grossunternehmen, die schon immer Kontingente und Ausnahmen erhalten haben. Ich hatte die gleichen 37 Jahre lang als Anwalt für Start-ups, Neugründungen, KMUs und kleinere Firmen um Kontingente gekämpft. Meistens blieb für die innovativen Kleinen nicht viel übrig, man musste damals in bestimmte Kantone wie Schwyz, Uri, Zug usw. ausweichen, wo man sich noch Impulse von Neugründungen versprach, oder andere Tricks anwenden. Das Ganze war umständlich, aufwendig, kostenintensiv, und die Unternehmen waren den Behörden ausgeliefert.

Christoph Mörgeli hat Recht, wenn er in einer seiner exzellenten Kolumnen das wachsende Heer der immer teureren Staatsbeamten geisselt und dafür plädiert, die Staatsausgaben und die Zahl der Staatsangestellten zu reduzieren.

Nur, wenn die Kontingentsbewirtschaftung kommt, dann gute Nacht – da wird sich die Bürokratie aufblähen, es wird enorm viele neue Stellen in Bund und Kanton brauchen, man spricht von Kosten in Milliardenhöhe. Diesen Gegensatz zur Losung der SVP, die Verwaltung zurückzubinden, verschweigt man geflissentlich. Der Widerspruch könnte nicht krasser sein, wenn man Toni Brunner zuhört, der einen Pakt gegen die Bürokratie und einen «Deregulierungsgipfel» mit andern Parteien fordert.

Wozu das alles eigentlich? Wir brauchen die Zuwanderung von Ausländern. In der vom Economist veröffentlichten Rangliste über die Wettbewerbsfähigkeit der Nationen rangiert die Schweiz auf dem hervorragenden 2. Platz, direkt hinter den USA. Warum? Weil wir seit Jahrzehnten offen sind und die besten Köpfe anziehen, die an den Universitäten, an der ETH Zürich, eine der weltbesten, Erfindungen machen, in der Forschung Höchstleistungen erzielen, uns Impulse geben. Das Gleiche gilt für die Unternehmen der Pharmabranche, der Präzisionsindustrie, von Google, Swatch usw., wo Ingenieure, IT-Genies und so weiter gebraucht werden. Wenn die Fachkräfte im Inland fehlen, und das wird weiterhin der Fall sein, nützt auch der Inländervorzug mit der Privilegierung von schlecht Qualifizierten nichts.

Es ist fragwürdig, wenn der Bundesrat Rentner, Langzeitarbeitslose, sogar Asylanten und andere Erfolglose in den Arbeitsprozess einspannen will, um die Ausländer zu begrenzen; denn diese Kategorie von Mitarbeitenden bringt uns keinen Fortschritt und will in aller Regel auch nicht geringe Arbeiten verrichten.

Wir sollten gelassen die Ausländer akzeptieren; denn die Zahlen werden wieder zurückgehen. Wir befinden uns in einem der Zyklen, die sich wie in anderen Bereichen abflachen werden, bevor die Regulierungswut von Politik und Verwaltung ihre Wirkung überhaupt entfaltet.

Die Migration lässt sich schlicht nicht kontrollieren.

Ueli Kohli

Dr. Ulrich Kohli ist selbständiger Rechtsanwalt in Zürich, hatte für die SVP verschiedene öffentlichen Funktionen wahrgenommen; unter dem Pseudonym James Douglas schreibt er erfolgreich Agentenromane, die in Deutschland und den USA publiziert werden (james-douglas.ch).

AUS DEM KANTONSRAT

Kantonsrat gegen Immunitätsaufhebung von Regine Aeppli

Das Kantonsparlament verschliesst die Augen im Fall Mörgeli und stellt sich schützend vor SP-Regierungsrätin Regine Aeppli. Es beschliesst, dass keine Strafuntersuchung wegen Amtsmissbrauchs erfolgen soll.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Es war Traktandum 3, welches zahlreiche Pressevertreter ins Rathaus gelockt hatte: Der Beschluss des Kantonsrates über die Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen Regierungspräsidentin Regine Aeppli.

Unfaire Kündigung

Nach einer kurzen Einführung durch den Vertreter der Geschäftsleitung, brachte Fraktionspräsident **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) die Fakten aus Sicht der SVP auf den Tisch. Er warf den anderen Fraktionen fehlende Zivilcourage vor und zählte die Versäumnisse und Fehler der scheidenden Noch-Regierungsrätin auf. Praktisch alle anderen Fraktionen spielten die Kündigung als Bagatelle oder gar als Posse herunter und machten geltend, man müsse die Regierungsrätin schützen, damit sie ihre Arbeit machen könne. **Jacqueline Hofer** (SVP, Dübendorf) stellte fest, dass gemäss Staatsanwaltschaft je nach zugrundeliegendem Sachverhalt und rechtlicher Würdigung ein strafrechtlich relevantes Verhalten nicht ausgeschlossen werden kann. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) berichtete aus der Sicht von Aufsichtskommission unter anderem über die Vernetzungen in der Bildungsdirektion und im Universitätsrat, über Seilschaften und Vertraute. **Claudio Zanetti** (SVP, Gossau) schliesslich beantragte die Rückweisung des Antrages. Er kritisierte, dass die linke Seite sich vorbehaltlos vor die Regierungsrätin stelle. **Rolf Stucker** (SVP, Zürich) wiederholte die Aussage von Jürg Trachsel «Die Kleinen lässt man hängen, die Grossen lässt man laufen.» Der Regierungsrätin wäre mehr gedient, wenn sie in einer Untersuchung allenfalls freigesprochen werde, als wenn sie zukünftig mit dem Makel leben müsse, dank ihrer Politischen Stellung sich nicht dieser Untersuchung habe stellen müssen. Die Rückweisung, wie auch das Gesuch über die Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung wurde mit 52 gegen 114, resp. 112 Stimmen abgelehnt.

Eine PI für mehr Bürokratie, eine für weniger

Die Initiative der Linken will das Gesetz über politische Rechte ändern. Der Regierungsrat soll Vorschriften für das Anbringen von Wahl- und Abstimmungswerbung im öffentlichen Raum erlassen. **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) erläutert die ablehnende Haltung der SVP. «Eigentlich sind wir auch dafür, dass man Abstimmungs- und Wahlplakate aufstellen kann, aber es ist für uns nicht klar, was die PI eigentlich will. Wir vermuten, dass damit die Beschränkungen und Reglementierungen strenger und einengender gestaltet werden sollen.» Die linken Voten strotzten nur so von Neidargumenten bezüglich der «hochsubventionierten Scheunenwände», an welchen offensichtlich selten linke Parolen und Kandidierende Bleiberecht bekommen. Die Initianten rügen, dass auf kantonalen Grundstücken keine Plakate aufgehängt werden dürfen. Der Kanton Zürich könne sich ja an Regelungen in benachbarten Kantonen orientieren. Für die vorläufige Unterstützung stimmten 73 Kantonsräte, deshalb kommt die Initiative in eine Kommission zur weiteren Behandlung.

Bildungsdebatte am Nachmittag

Das erste Geschäft des Nachmittags bezieht sich auf den Übertritt aus der Sekundarschule ins Kurzzeit- Gymnasium. Die Vorlage geht auf eine Parlamentarische Initiative zurück, welche einen prüfungsfreien Übertritt ins Gymnasium forderte. Die Initiative wollte damit mehr Chancengleichheit. **Claudio Zanetti** unterstützte den gestellten Nichteintretens-Antrag. Die Linken trauern immer noch den abgelehnten Vorbereitungskursen nach, welche von den Schulgemeinden bezahlt und organisiert hätten werden sollen. Sie machten geltend, dass das Übertritts-Verfahren unfair sei, dass arme Familien sich Nachhilfe nicht leisten könnten und private Studios ein Heidengeld machen würden, mit diesen Gymikursen.

Der Bildungsrat hat den Übertritt ins Kurzgymi auch für SekB Schüler ermöglicht (nicht ganz nachvollziehbar - aber vielleicht wegen eines sozialistischen Rufs nach noch mehr Chancengleichheit), womit logischerweise die Vergleichbarkeit von Noten und Lernverhalten sehr erschwert, ja verunmöglicht wird. Darum werden ab diesem Jahr lediglich die Prüfungsergebnisse berücksichtigt - und natürlich die Leistung in der auf ein halbes Jahr verlängerten Probezeit. Mit dem neuen Übertritts-Verfahren sollen nun erst einmal Erfahrungen gesammelt werden, bevor wieder alles umgekrempelt wird, waren sich viele, auch die Bildungsdirektorin einig. Mit 79:80 Stimmen entschied der Rat für Eintreten auf die Vorlage. Leider hat die fehlende Fraktionssolidarität einer SVP-Lehrperson dazu geführt hat, dass der Nichteintretens-Antrag von SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen sehr knapp verfehlt wurde. Die Schlussabstimmung wird nach dem Gang durch die Redaktionskommission in wenigen Wochen stattfinden, es besteht also noch die Chance, dieses unnötige Geschäft vom Tisch zu wischen.

Mehr Gemeindeautonomie im Sonderpädagogischen Bereich

Eine Parlamentarische Initiative von **Anita Borer** (SVP, Uster) will, dass die Gemeinden mehr Spielraum bekommen beim Verteilen der Ressourcen (Stellenprozente) für Sonderpädagogische Massnahmen. Weil vorgeschrieben ist, dass ein bestimmter Anteil für IF (Integrative Förderung) eingesetzt wird, also in der Klasse integriert unterrichtet werden müssen, bleibt vielen Gemeinden kaum die Möglichkeit, eine besondere Klein- Klasse zu führen. Die Gemeinden tragen 80 Prozent der Lehrer- Löhne, können aber nicht über den Einsatz der Lehrpersonen verfügen. Alle anderen Fraktionen ausser der EDU wollen den Weg der Integration und der individuellen Förderung nicht verlassen. Sie ignorieren, dass die Kosten immer weiter steigen und blenden aus, dass sich die vielgepriesene Integration nicht in jedem Fall, als das Beste erwiesen hat: in zahlreichen Klassen leidet die Konzentrationsmöglichkeit und viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich gestört durch stetige Unruhe im Unterricht. Die PI wurde mit 53:106 Stimmen abgelehnt.

Keine zusätzlichen Mehrjahrgangsklassen für finanzstarke Gemeinden

Ein Postulat der BDP wollte, dass die Gemeinden mit zusätzlichen Ressourcen Mehrjahrgangsklassen finanzieren können. Sollen reiche Gemeinden die Möglichkeiten bekommen, Mehrjahrgangsklassen zu bilden und die zusätzlichen Löhne selber zu bezahlen? In blumigen Worten wurden die Vorteile der Mehrjahrgangsklassen hervorgehoben. Die Mehrheit fand, dass die öffentliche Volksschule nicht den reichen Gemeinden Möglichkeit geben, ein anderes Schulsystem zu entwickeln. Mehrjahrgangsklassen sind aber auch pädagogisch umstritten und vor allem teurer. Gemeint sind dabei nicht kleine Gemeinden, die wegen kleiner Klassen Mehrjahrgangsklassen führen müssen, dafür gibt es sogar zusätzliche Mittel vom Kanton. Das Postulat wurde von der Mehrheit des Rates abgelehnt.

KEINE STRAFUNTERSUCHUNG WEGEN AMTSMISSBRAUCHS

Nichts sehen, nichts hören und schon gar nichts sagen

Der Kantonsrat hat entschieden, die Immunität Regine Aepplis im Fall Mörgeli nicht aufzuheben. Vor diesem Entscheid hielt SVP-Fraktionspräsident Jürg Trachsel im Kantonsrat ein flammendes Votum.

Jürg Trachsel
Kantonsrat
Fraktionspräsident SVP
Richterswil

Der Fall Aeppli ist ein Politkomplott in der neueren Geschichte unseres Kantons ohne Beispiel. Ich kann mich auf jeden Fall in meiner nunmehr fast 20-jährigen Zugehörigkeit zu diesem Rat an keinen Fall erinnern, in welchem der Kantonsrat einem entsprechenden Gesuch der Oberstaatsanwaltschaft nicht stattgegeben hat.

Im Falle von Alt Regierungsrätin Fierz beispielsweise hat sich dieser Rat grossmehrheitlich und lediglich gegen die eigene Fraktion – was ja noch verständlich ist – klar für die Aufhebung der Immunität ausgesprochen und damit dem entsprechenden Gesuch der Staatsanwaltschaft stattgegeben. In den hunderten Fällen von Anzeigen von Privatpersonen gegen amtierende Regierungsräte lagen immer und unisono «Von der Handweisungs-Anträge» von der Staatsanwaltschaft vor; entsprechend entschied jeweils auch das Büro oder eben neu die Geschäftsleitung. Hier nun aber liegt wieder einmal ein Gesuch der Staatsanwaltschaft bzw. Oberstaatsanwaltschaft und eben keine Anzeige vor, ein Gesuch, welches eben die Aufhebung der Immunität eines Regierungsmitglieds verlangt und Sie alle, mit Ausnahme der EDU, wollen sämtliche Augen, Ohren und Münder verschliessen getreu dem Grundsatz der 3 Affen: «Nichts sehen, nichts hören und schon gar nichts sagen». Während die 3 Affen aber im alten Japan die Bedeutung «über Schlechtes hinwegsehen» und damit etwas durchaus Positives darstellten, verkörpern sie heute in der westlichen Welt klar und deutlich ausschliesslich Negatives, nämlich «das Schlechte nicht wahrhaben wollen» bzw. «mangelnde Zivilcourage». Und genau Letztere fehlt Ihnen heute, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dem Gesuch der Oberstaatsanwaltschaft nicht stattgeben.

Entscheid des Machtkarussells

Zweifeln Sie wirklich daran, dass an jenem ominösen Montagmorgen des 17. Septembers 2012 die Kündigung gegenüber Prof. Mörgeli nicht schon längst faktisch festgestanden hat? Wenn dem nicht so wäre, wieso hat sich denn die Zeitung «Der Sonntag» bereits am 16. September 2012 nach Infos durch SP-Hochschulamtschef Sebastian Brändli öffentlich entsprechend geäussert? Wenn dem nicht so wäre, wieso sprechen denn alt Rektor Fischer und die Personalverantwortliche unisono und nur einen Tag später beim Rechtsdienst davon, Frau Aeppli habe die Kündigung verlangt?

Ist es denn eben nicht viel eher so, als dass SP-Bildungsdirektorin Aeppli kraft ihrer faktischen Macht den Entscheid gefällt hat, SVP Nationalrat Prof. Mörgeli zu entlassen? An jenem Montag dann schliesslich wurden Rektor Fischer und die Personalverantwortliche zu reinen Statisten, zu Befehlsempfängern und zu Erfüllungsgehilfen degradiert. Faktisch war der Entscheid im Machtkarussell längst gefallen! Dass dann wenige Tage später die Kündigung auch noch kompetenzmässig auf dem richtigen Weg Tatsache wurde, ist in diesem «Schmierenspiel» nur noch lediglich eine Randbemerkung wert. So, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, so sieht Machtpolitik à la mode SP, à la mode Aeppli und Brändli aus: Wer Macht ausüben will, foutiert sich um formelle Kompetenzen. So verhielten sich früher bereits die von der SP CH verehrten Machthaber hinter dem eisernen Vorhang, Sozialist Putin macht es auch nach dessen Fall auf der Krim und in der Ostukraine ungeniert weiter so.

Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen

Nun hat sich aber, Sie alle haben es sicher den Zeitungen entnommen, das Blatt in der Causa Aeppli – aus Sicht der SVP glücklicherweise – dahingehend gedreht, als die Politik zum Glück nicht überall den Mantel des Schweigens über mögliche Rechtsbrüche legen kann; die «Omertà» ist noch nicht überall angekommen, vor allem nicht bei den Gerichten. So hat die «Sonntags-Zeitung» am 18. Januar 2015 berichtet, dass die Staatsanwaltschaft vom Obergericht grünes Licht bekommen hat, eine Strafuntersuchung gegen Frau Aepplis Gefolgsmann, gegen den Chefbeamten Sebastian Brändli, zu eröffnen. Und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wollen es wirklich zulassen, dass die Staatsanwaltschaft sehr wohl gegen den Steuermann, nicht aber gegen die Kapitänin ermitteln darf? Wollen Sie das wirklich? Wir von der SVP wollen das nicht. Wir sprechen uns entschieden dagegen aus, dass man die Kleinen hängt und die Grossen laufen lässt.

Zusammenfassend stellt sich ganz einfach die Frage, ob sich Regierungsräte bzw. Magistratspersonen einfach alles erlauben können, wofür der kleine Mann auf der Strasse und selbst Chefbeamte ein Verfahren am Hals haben, und dies selbst dann noch, wenn man abtritt und auch das Argument der ungestörten Amtsführung vollends zum Hohn verkommen muss. Wir meinen klar Nein, für die SVP-Fraktion sieht Verantwortung anders aus. Stimmen Sie dem Ermächtigungsgesuch der Oberstaatsanwaltschaft zu.

MITTEILUNG

Roger Köppel ist zur Nationalratskandidatur bereit

Die Parteileitung der SVP des Kantons Zürich ist ausserordentlich erfreut, dass Roger Köppel bereit ist, sich um einen Platz auf der SVP-Nationalratsliste zu bewerben. Der bislang Parteilose ist der SVP Küsnacht, der SVP des Kantons Zürich und der SVP Schweiz beigetreten. Mit Roger Köppel stellt sich am 18. Oktober 2015 der profilierteste Journalist und Verleger unseres Landes für eine Wahl ins Bundesparlament zur Verfügung. Seine journalistische und rhetorische Brillanz wird nicht nur im Inland geschätzt, er hat sich als mutiger, unbequemer und hartnäckiger Vertreter der Interessen der Schweiz auch im Ausland einen ausgezeichneten Namen gemacht.

SVP. Der 49-jährige Verleger und Chefredaktor der «Weltwoche» ist Bürger von Zürich und als Sohn eines Bauunternehmers in Kloten aufgewachsen. Er ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Köppel studierte Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Zürich, war aber schon vor dem Lizenziatsabschluss seit 1988 für die «Neue Zürcher Zeitung» tätig. Dort begann er seine brillante journalistische Laufbahn in verschiedenen Ressorts, etwa in den Bereichen Sport- und Filmredaktion. Seit 1994 arbeitete Köppel als Kulturredaktor beim «Tages-Anzeiger», wo er 1997 bis 2001 die Wochenendbeilage «Tages-Anzeiger-Magazin» leitete und Anfang 2000 auch stellvertretender Chefredaktor wurde. Statt eines vorgesehenen Harvard-Nachdiplomstudiums wurde er 2001 Chefredaktor der «Weltwoche» und kehrte zu den bürgerlichen Wurzeln dieses traditionsreichen Wochenmagazins zurück. Er widersetzte sich mit seiner Redaktion dem linken und linksliberalen Medienmainstream und fand darum rasch grosse Beachtung, auch über die Schweiz hinaus. 2004 nahm Roger Köppel das Angebot des Axel-Springer-Verlags an, in Berlin als Chefredaktor der deutschen Tageszeitung «Die Welt» zu wirken. 2006 kehrte er in die Schweiz zurück, um die

Chefredaktion und die Aktienmehrheit der «Weltwoche» zu übernehmen. Dieses Wochenmagazin ist unter Köppels unternehmerischer Führung zu einem ebenso angesehenen wie gefürchteten Medium geworden, das zahlreiche Skandale aufdeckte und dabei stets auch anderen politischen Meinungen eine Stimme gab.

2004 wurde Roger Köppel mit dem «Liberal Award» der Zürcher Jungfreisinnigen ausgezeichnet und 2006 vom Branchenmagazin «Schweizer Journalist» zum «Journalisten des Jahres» gewählt; 2010 durfte er als einer der ganz wenigen Schweizer in Berlin den bedeutenden «Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik» entgegennehmen. 2014 wurde er in Zürich in die Zunft zum Kämbel aufgenommen. Seine pointierten Auftritte in Talkshows und Politsendungen des In- und Auslandes festigten Köppels Ruf als hochintelligenten Denker und Analytiker des nationalen und internationalen Zeitgeschehens. Regelmässig sprach er als gefragter Redner an Veranstaltungen mit dem Titel «Voller Einsatz für die Schweiz» in verschiedensten Teilen der Schweiz zur Bevölkerung.

Die Parteileitung der Zürcher SVP begrüsst es ausserordentlich, dass Roger Köppel seine Rolle als kritischer journalistischer Kommentator vom Spielfeldrand mit derjenigen eines ebenso kritischen Akteurs in der politischen Arena ergänzt. Als überzeugter Verfechter des Milizsystems würde er im Fall einer Wahl in den Nationalrat Verleger und Chefredaktor der «Weltwoche» bleiben. Der Kandidat hat in den letzten Jahren immer wieder die Überzeugung geäussert, dass das Programm der SVP das klassisch bürgerlich-liberale Gedankengut von Freiheit, Unabhängigkeit und Marktwirtschaft am wirkungsvollsten vertritt. Umso erfreulicher ist es, dass Roger Köppel jetzt bereit ist, für diese Überzeugung im Falle seiner Wahl auch als politischer Volksvertreter in Bundesbern zu kämpfen.

SVP BEZIRK MEILEN

Bestgewählte Nationalrätin zu Besuch in Uetikon

Vor mehr als 100 Besucherinnen und Besuchern informierte Natalie Rickli aus Bundesbern. Viel Erfreuliches konnte die Winterthurerin nicht berichten.

SVP Bezirk Meilen. Natalie Rickli aus Winterthur ist die Frau, die 2011 mit dem besten Resultat als Nationalrätin gewählt worden ist. Jung, dynamisch, offen, ehrlich und gradlinig, so wurde sie von Kantonsrätin und Bezirksparteipräsidentin Theres Weber-Gachnang vorgestellt. «Sie weiss, was sie will und ist bereit, sich voll und ganz dafür einzusetzen. Sicherheit und Medienpolitik sind zwei ihrer Kernthemen.»

Über 100 Gäste, Junge und Ältere aus verschiedenen Orten und Parteien und die Kantonsratskandidaten Hans-Peter Amrein, Küsnacht, Christian Hurter, Uetikon, Peter Frey, Stäfa, Barbara Kluge, Meilen, Domenic Ledergerber, Herrliberg und Martin Hirs, Zollikon, wurden nicht enttäuscht: Natalie Rickli erzählte fundiert und kompetent über das Geschehen in Bern.

Drei Punkte, die ärgern

«Leider kann ich Ihnen nicht viel Erfreuliches berichten, weil in Bundesbern viele Volksentscheide nicht umgesetzt werden. Besonders diese 3 Punkte ärgern mich ….» waren ihre Eingangsworte.

1. Das Parlament und der Bundesrat verzögern die Umsetzung von Volksentscheiden, wie das Beispiel der Ausschaffungsinitiative belegt. Man findet immer wieder kreative Vorschläge für eine Verzögerung. Der Ständerat möchte, dass sogenannte Härtefälle in der Schweiz bleiben können. Es ist zu befürchten, dass sich FDP und CVP im Nationalrat anschliessen werden.
2. Unser Bundesrat hat bei der EU keinen selbstbewussten Auftritt hinterlassen. Zwar sollen viele Punkte gemäss SVP-Initiative übernommen werden, aber nur, wenn die EU einverstanden ist. Das stärkt unsere Position natürlich nicht. Ausserdem sollen der Familiennachzug und der Zugang zu Sozialleistungen nicht eingeschränkt werden.
3. Die Pädophilen-Initiative wurde vom Volk ebenfalls klar angenommen, aber bis heute gibt es keine gesetzliche Grundlage für ein Arbeitsverbot mit Kindern. Es ist bedenklich, wie untätig Parlament und Bundesrat sind. Gerade heute wurde ein Fall eines Kinderarztes bekannt, der wegen Kinderpornographie verurteilt wurde. Er hat kein Berufsverbot erhalten. Der Bundesrat scheint auch hier den Volkswillen nicht ernst zu nehmen.

«Die Bundesverwaltung beschäftigt 38000 Personen – ich frage mich manchmal: Was tun sie den ganzen Tag?» Das zustimmende Raunen der Zuhörerinnen und Zuhörer war deutlich hörbar bei dieser Aussage.

«Eine Deregulierung ist dringend nötig! Statt immer mehr Auflagen und Vorschriften sollten wir endlich den Mut haben, unserer Wirtschaft und den vielen KMU's mehr Freiheit zu geben, sonst ersticken sie und wir damit!»

Unabhängige Medien sind gewünscht

Als Präsidentin der Aktion Medienfreiheit erläuterte Natalie Rickli zum Schluss ihre Haltung zu den Billag-Gebühren: «Brauchen wir 18 staatliche TV- und 8 staatliche Radiosender? Wäre 1 TV- und Radiosender pro Region nicht absolut genügend neben dem breiten privaten Angebot?» So könnten die Gebühren massiv gesenkt werden. Heute werden von der Billag jährlich über 1,3 Milliarden eingetrieben. Neu soll dies eine Steuer werden: Dann müssen auch Personen ohne Empfangsgerät – zum Beispiel Blinde und Taube – eine Mediensteuer bezahlen. Unternehmen werden noch mehr zur Kasse gebeten, bis zu Fr. 39000 pro Jahr, obwohl juristische Personen gar nicht fernsehen oder Radio hören können. Der Gewerbeverband hat gegen diese neue Billag-Mediensteuer das Referendum ergriffen. Abgestimmt wird am 14. Juni. Natalie Rickli rief schon jetzt zu einem deutlichen Nein zu dieser unfairen Steuer auf.

Der grosse Applaus des Publikums und die anschliessenden Gespräche zeigten, dass diese Frau den Puls des Volkes spürt. Christian Hurter, Vizepräsident der SVP Bezirk Meilen und Kantonsratskandidat, dankte Natalie Rickli für ihren Besuch und wünschte ihr alles Gute und viel Energie für ihre Zukunft, bevor er alle zu einem feinen Apéro einladen durfte.

Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang, Nationalrätin Natalie Rickli, Kantonsratskandidat Christian Hurter und die lokale Sektionspräsidentin Regina Weber.

ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2015

Hände weg von gefährlichen Experimenten

Am 8. März stimmen wir über die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ab. Über eine massive Verteuerung der Energien sollen Umweltziele erreichbar werden und gleichzeitig die Mehrwertsteuer ersetzen.

Heidi Jucker
Gemeinderätin SVP
Kantonsratskandidatin
Adliswil

Ist dies ein gangbarer Weg und richtiger Weg? Seit der Nutzung der Wasserkraft vor vielen Jahrhunderten und später der Elektrizität ist erwiesen, dass Gewerbe und Industrie vorrangig auf günstige Energie angewiesen sind. Kostengünstige und jederzeit verfügbare Energie ist lebens-, ja überlebenswichtig. Teure Energie verteuert direkt die Produktion und macht weniger konkurrenzfähig. Die Initianten befinden sich im Irrtum wenn sie behaupten, höhere Energiekosten lösen Probleme. Das Gegenteil trifft zu. Gerade heute, wo der starke Franken die Produktion und den Export belasten, wären zusätzliche Kosten durch teurere Energie fatal und würden den Export hemmen und die Rezession fördern. Fazit: Hände weg von solch gefährlichen Experimenten. Darum am 8. März ein Nein zu dieser unnötigen und unverantwortlichen Initiative.

SVP BEZIRK BÜLACH

Streit um Energiesteuer und Parolen

Nach einer öffentlichen Podiumsdiskussion stimmten die Delegierten der SVP Bezirk Bülach «Nein» zur Energiesteuer, aber «Ja» zur Familieninitiative.

SVP Bezirk Bülach. Jörg Mäder, Kantonsrat der Grünliberalen (GLP), Stadtrat von Opfikon und Profi-Politiker und Doktor der Umweltwissenschaften, und SVP-Kantonsrat Claudio Schmid (Bülach), Steuerexperte, schenkten sich nichts: Sie stritten am Mittwochabend, 18. Februar, im Restaurant Kaserne, Bülach, vor 45 Gästen über die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer». Dies vor der ordentlichen Delegiertenversammlung der SVP.

SVP-Bezirkspräsident und Kantonsrat Matthias Hauser leitete das Gespräch und verschonte weder die eine noch die andere Seite mit kritischen Fragen. «Informativ und unterhaltsam» müssen solche Diskussionen sein, so der Gesprächsleiter.

Einig waren sich beide Seiten, dass die Mehrwehrtsteuer ein «Bürokratie-Monster» sei, welches Unternehmen belaste. «Unternehmen entlasten ist für die Grünliberalen ein wichtiger Grund», erklärte Jörg Mäder. «Deshalb sind Steuern so anzusetzen, dass umweltschonendes Verhalten belohnt wird und überdies kein Verlust für Bund, Staat und Gemeinden entsteht.» Daher soll die Energiesteuer auf fossile Brennstoffe und Atomstrom laut der Initiative gerade so hoch sein, dass Steuerausfälle, die durch den Wegfall der Mehrwertsteuer entstehen, gedeckt würden.

Claudio Schmid rechnete am Beispiel eines Auto-Spritzwerkes vor, dass die Idee der Grünliberalen alles andere als eine Entlastung wäre. «In fast allen Produkten ist Erdöl versteckt – zum Beispiel in Autolack – die Energiesteuer treibt die Kosten des Gewerbes in die Höhe!». Zudem glaubt Schmid nicht an die Umweltbelastung und ihre Auswirkungen: «Heute spricht niemand mehr vom Waldsterben.»

Während sich Schmid aus dem Publikum anhören musste, dass man dringendst etwas für die Umwelt tun müsse, konnte Mäder nicht wegdiskutieren, dass in der Initiative ein Konstruktionsfehler steckt: Je mehr Energie gespart wird, desto teurer wird die Steuer für die verbleibenden Verbraucher. «Gemäss Initiative wird der letzte Liter Benzin, der in der Schweiz verbraucht würde, so teuer, dass man damit die ganze Mehrwertsteuer-Einnahmen ersetzen muss», gab Mäder zu. Das sei widersinnig, doch so weit werde es nicht kommen – wichtig sei, dass die Initiative den Verbrauch senke.

Weitere Aspekte: Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sinkt, wenn wir uns höhere Energiekosten auferlegen. Produkte mit Energieanteil werden einfach in Deutschland gekauft. Es sei schwierig und bürokratisch, «graue Energie» in Importgütern zu messen und zu besteuern, wie dies die Initiative fordere. Mäder's Gegenargument: Der Wegfall der Mehrwertsteuer macht vieles billiger und unbürokratischer – die meisten Menschen profitieren. «Nur wenn die Geschäfte die tieferen Kosten auch weitergeben», so Schmid.

Parolen für den 8. März und Christian Aegerter ins Bezirksgericht

Nach der Diskussion hielt die SVP Bezirk Bülach ihre ordentliche Delegiertenversammlung ab. Die 45 anwesenden Delegierten beschlossen zur Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» einstimmig die Nein-Parole, «Ja» sagten sie hingegen zur Familieninitiative, welche von Matthias Hauser vorgestellt wurde. Weiter stellte sich der Bezirksrichter-Kandidat Christian Aegerter (EDU, Eglisau) den Delegierten vor. Die SVP wird ihn bei den Wahlen vom 12. April unterstützen. Kantonsrätin Ursula Moor berichtete über die Beratungen zum neuen Gemeindegesetz im Kantonsrat: Eine folgenschwere Vorlage für die Autonomie der Gemeinden. «Vielleicht wird die SVP das Referendum ergreifen,» so Moor.

Kantonsräte streiten um die Energiesteuer: v.l. Claudio Schmid (SVP, kontra), Gesprächsleiter Matthias Hauser (SVP) und Jörg Mäder (GLP, pro).

Parolen zur Volksabstimmung vom 8. März 2015

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

1. Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»	JA
2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer»	NEIN

LESERBRIEF

Äussere Nordumfahrung zur langfristigen Sicherung der Mobilität im Kanton Zürich

Die sogenannte äussere Nordumfahrung als direkte Verbindung von Wettingen-Ost bis Winterthur Ohringen ist weiterhin im Richtplan des Kantons Zürich enthalten. Leider zeigt sich der Regierungsrat in der Antwort auf eine Anfrage der Kantonsräte Christian Lucek, Dänikon, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Dieter Kläy, Winterthur, wenig begeistert, sich für eine baldige Planung der Hochleistungsstrasse einzusetzen.

In der Antwort auf die Anfrage argumentiert der Regierungsrat mit der angeblich zu tiefen Auslastung einer solchen Achse. Ein Blick auf die Kontrollschilder der Fahrzeuge auf dem Nordring sowie der Flughafenzubringer lässt jedoch zweifeln. Es ist offensichtlich, dass das Potenzial sehr viel höher ist, als es die Regierung annimmt. Der gesamte Transitverkehr, der nicht Zürich zum Ziel hat, sowie die Zubringer zum Flughafen aus den Regionen und Kantonen östlich und westlich von Zürich, würden die direkte Verbindung nutzen und damit den Nordring wesentlich entlasten. Auch nach dem Ausbau des Nordrings ist dies für die langfristige Sicherung des Nordrings als eigentliche Stadttangente von grosser Bedeutung. Durch den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Nordrings, werden die Agglomerationsgebiete des Limmattals, Furttal und Glattal sowie die Region Winterthur wirksam entlastet. Ebenfalls können diverse im Richtplan vorgesehene Umfahrungsprojekte wie in Dielsdorf oder Höri und Embrach integriert werden sowie die umstrittene Strasse durch das Neeracherried aufgehoben werden. Ein Siedlungsdruck auf die ländlicheren Gebiete des Unterlandes ist nicht zu erwarten, die im Richtplan festgelegte Begrenzung des Siedlungsgebietes steckt den Rahmen dazu verbindlich ab. Deshalb setzen sich bürgerliche Verkehrspolitiker und Gewerbe- sowie Industrieverbände weiterhin für die Planungsaufnahme der äusseren Nordumfahrung ein. Als erster Schritt sollen genaue Erhebungen des tatsächlichen Transitverkehrs auf dem Nordring erfolgen, um die Planung auf Grund erhärteter Fakten aufzunehmen.

Christian Lucek,
Kantonsrat SVP, Dänikon

DER STAAT WÄCHST, DIE ZIVILGEMEINSCHAFT SCHWINDET

In der Professionalisierung steckt der Teufel

Der Ausbau des Staates schreitet ungebremst voran. Leider nicht nur in rotgrünen Städten, sondern auch in bürgerlichen Regionen. Schuld daran ist häufig die Professionalisierung. Was gut gemeint beginnt, endet immer mit zusätzlichen Staatsangestellten, die viel kosten, der Bevölkerung aber keinen Mehrwert bringen. Eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Staates ist deshalb dringend angezeigt.

Tobias Infortuna
Kantonsratskandidat SVP
Egg

In unseren Amtsstuben sitzen viel zu viele Leute, die viel zu viel Zeit haben, um sich viel zu viele Dinge auszudenken, die gar niemand gewünscht hat und die stets neue Kosten verursachen. Der wachsende Staat verdrängt die Eigenverantwortung, die Freiwilligenarbeit, das Milizsystem, die direkte Demokratie und die Eigeninitiative, kurz: die ganze bewährte Zivilgesellschaft, die unser Land so erfolgreich gemacht hat. Wieso soll man sich um etwas kümmern und seine Zeit opfern, wenn doch der Staat schon alles macht und der anonyme Steuerzahler dafür aufkommt? So entsteht ein Teufelskreis: Je mehr Aufgaben der Staat übernimmt, desto schneller schwindet die Zivilgesellschaft und desto mehr Aufgaben werden wiederum dem Staat übertragen. Wo vorher die meisten Angelegenheiten von nur ein paar wenigen, demokratisch gewählten Behördenmitgliedern anstandslos und verantwortungsvoll erledigt wurden, sitzen nachher teure Profis. Diese Entwicklung findet keineswegs nur in links dominierten Städten statt, sondern auch in Gegenden, wo bürgerliches Gedankengut fest verankert ist. Der linke Wunsch, dass sich um alles der Staat kümmern soll, ist allseits bekannt. Wieso aber breitet sich der Staat auch dort aus, wo Bürgerliche die Mehrheit stellen, die nie für einen Ausbau des Staates einstehen würden? Schuld daran ist die gutgemeinte Professionalisierung.

Alibi-Projektgruppen und hausgemachte Studien

Dass mit wachsender Bevölkerung auch mehr Verwaltungsangestellte nötig werden, liegt auf der Hand. Das ist nicht das Problem. Doch unnötigerweise werden immer mehr Aufgabenbereiche schleichend professionalisiert – mit weitreichenden Folgen, die zu Beginn kaum jemandem bewusst sind. Beginnen tut es immer harmlos: Ein Verwaltungsangestellter lernt in einer Weiterbildung oder aus einem Rundschreiben aus den kantonalen Amtsstuben oder von den Berufsverbänden des Staatspersonals, dass es wichtig sei, dies und das und jenes umzusetzen, weil mit der bisherigen Handhabung ein zielgerichtetes Arbeiten wegen der sich schnell ändernden Gesellschaft oder wegen neuen Paragraphen des Kantons nicht mehr möglich sei. Der jetzige Zustand sei deshalb nicht mehr zeitgemäss. Dazu werden hausgemachte Studien präsentiert, welche die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Massnahmen unterstreichen. Zudem seien in diversen Gemeinden diese Neuerungen bereits erfolgreich umgesetzt worden. Beweisen lässt sich das nie, aber mit solch blumigen Worten ist schnell erreicht, dass eine Behörde Geld für die Abklärung dieser Sachlage spricht. Denn selbstverständlich fehlt auch nie das Versprechen, dass nach einer allfälligen Umsetzung die Möglichkeit bestehe, künftig hohe Beträge einsparen zu können. Also wird eine Projektgruppe einberufen, die stets zu einem Grossteil mit Leuten aus der Verwaltung besetzt ist und häufig von einem externen Fachmann begleitet wird, der ein Befürworter dieser Neuerung ist. Diese Projektgruppe wird immer zum Schluss kommen, dass zweifelsohne Handlungsbedarf besteht. Daraufhin schnürt man ein gut gefülltes und unübersichtliches Massnahmenpaket, das mit den schönen Wörtern Professionalisierung, Optimierung und Standortqualität an den Mann und die Frau gebracht wird. Ist diese Neuerung einmal umgesetzt, folgt bald die nächste, und das Spiel beginnt von vorne. Und mit jeder Runde dieses Spiels kommen ein paar Dutzend staatliche Stellenprozente hinzu.

Vom Detail zum neuen Budgetposten

Neben der KESB, die in dieser Zeitung schon mehrfach thematisiert wurde, bietet die Volksschule ein anderes erschreckendes Beispiel für diese Vorgänge. Die wichtigsten Personen einer jeden Schule – die Lehrerinnen und Lehrer – sind inzwischen nur noch ein kleines Teilchen in einem riesigen System, umgeben von Schulleitern, Fachteams, Heilpädagoginnen und Schulsozialarbeitern. Rundum wurde professionalisiert, was früher ein Lehrer oder ein Schulpfleger nebenbei und mit links erledigen konnte. Doch wurde die Bildung dadurch besser? Nein, im Gegenteil, sie wurde chaotisch und teurer. Und wurden die Lehrer durch all diese Profis entlastet? Nein, im Gegenteil, sie ertrinken in Formularen, Besprechungen, Evaluationen und Koordinationen. Alles hochprofessionell und alles höchst unsinnig, teuer und kontraproduktiv. Mit der Einführung der hochbezahlten Schulleiter wurden überall die Schulpflegen verkleinert. Seither explodieren die Kosten. Aus jedem Detail wird eine Projektgruppe und aus jeder Projektgruppe ein neuer Budgetposten, der kaum mehr jemals wegzubringen ist.

Die Lösung des Problems

Es ist schon richtig, dass sich Profis um den Strassenbau oder um die EDV-Anlage kümmern, solange nicht alles vergoldet wird (ein anderes weit verbreitetes Problem, das ähnliche Ursachen hat), aber da, wo es nicht um exakte Wissenschaften geht, zählen Lebenserfahrung, gesunder Menschenverstand und Berufserfahrung aus der Privatwirtschaft mehr. Werte, die an keiner Hochschule gelehrt werden. In diesen Bereichen sollte die Politik den Mut haben, den Staatsapparat konsequent zu verschlanken. Der Staat muss sich nicht um jedes Detail kümmern. Auch der hundertste Jugendarbeiter wird die zerbrochenen Bierflaschen hinter dem Schulhaus nicht verhindern, und auch das hundertste mit externer Beratung erstellte Leitbild wird den Steuerfuss nicht senken.

Vor jeder zukünftigen Ausweitung des staatlichen Angebotes, Professionalisierung oder Modernisierung eines Bereiches oder wie auch immer es genannt wird, sollte sich darum jede beteiligte Person folgende Frage stellen: Das Steuergeld von wie vielen Durchschnittseinwohnern wird benötigt, wenn die angestrebte Neuerung nur zusätzliche 20 Stellenprozente auslösen würde? Oder zusätzliche 100 Stellenprozente? Die Antwort wird in jedem Fall erschreckend und hoffentlich auch heilsam sein.

Jetzt gilt es, die Liste 1 zu wählen, um möglichst viele Leute in den Kantonsrat zu entsenden, die linken Heilsversprechungen auch dann widerstehen können, wenn diese in schöne Worte gehüllt daherkommen.

ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2015

Nein zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen Partei (GLP) verlangt die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger. Der Heizölpreis würde sich um ca. 3,3 Franken pro Liter und der Benzinpreis um ca. 3 Franken pro Liter erhöhen. Viele Haushalte (Eigentümer und Mieter) müssten mehr Heizkosten bezahlen. Mit der Initiative geht die Schweiz völlig unnötig ein unkalkulierbares, finanzielles Risiko mit ungewissem Ausgang ein. Die Initiative ist daher abzulehnen. Die Volksinitiative kommt am 8. März 2015 zur Abstimmung.

HEV. Die Mehrbelastung des Energieverbrauchs soll durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer abgefedert werden. Sie ist die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Für das Jahr 2012 betrugen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer über 22 Mia. Franken. Das sind rund 37,5 Prozent der Fiskaleinnahmen des Bundes.

Die ESTV geht von Mehrwertsteuereinnahmen von ca. 25–26 Mia. Franken für das Jahr 2020 aus, die mit der Energiesteuer kompensiert werden müssten. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sind für die Finanzierung der Sozialversicherungen von grosser Bedeutung und sie werden für den Sozialstaat zunehmend wichtiger.

Würde die Initiative angenommen werden, so wäre die Finanzierung der AHV nicht mehr gewährleistet.

Ungerechte Verteilung

Die Vorlage ist ungerecht. Die Steuerlast konzentriert sich auf Haushalte mit hohem Verbrauch fossiler Energien. Nicht jeder Haushalt hat aber die finanziellen Mittel, um sich entsprechend der von der Initiative gewünschten Lenkungswirkung zu verhalten. Ausserdem belastet die Energiesteuer Haushalte mit tieferen Einkommen relativ stärker als Haushalte mit höherem Einkommen. Die Haushalte mit tieferen Einkommen geben in der Regel einen höheren Anteil des Budgets für Energieprodukte aus.

Mehrfachbesteuerung

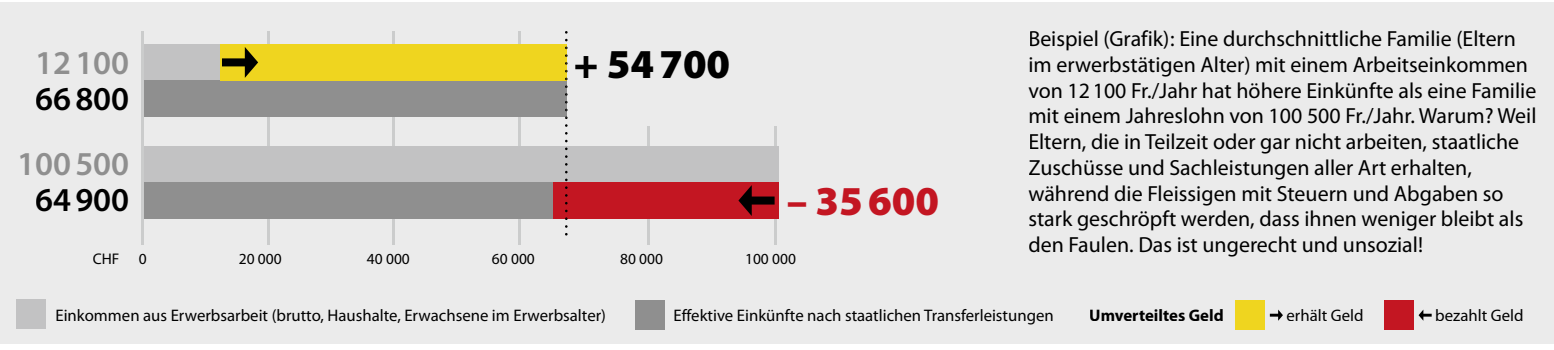
Erdöl, andere Mineralöle, Erdgas sowie die daraus gewonnenen Produkte und Treibstoffe unterliegen bereits heute der Mineralölsteuer. Hinzu kommt der Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffe, der Netzzuschlag, die CO_2-Abgabe sowie die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe. Letztlich würde die Energiesteuer zu einer verpönten Mehrfachbesteuerung führen.

Problematische Umsetzung

Die Umsetzung der Vorlage, namentlich die Besteuerung der grauen Energie, ist mit vernünftigem Aufwand kaum möglich. Sie setzt hinreichende Informationen und einen hohen Differenzierungsgrad voraus. Gerade im internationalen Umfeld ist dies juristisch kaum und technisch nur äusserst schwer möglich. Auch die Umsetzungsfrist von höchstens fünf Jahren würde die Wirtschaft negativ beeinflussen. Die schnelle Einführung würde hohe Steuersätze bedingen und eine starke Erhöhung der Preise nach sich ziehen.

Faul sein lohnt sich!

Unser Sozialwesen ist krank! Wer 12 000 Franken pro Jahr verdient, lebt besser als ein mittelständischer Haushalt mit 100 000 Franken Jahreseinkommen. Warum? Die Faulen erhalten Sozialleistungen aller Art, die Fleissigen werden mit Steuern und Abgaben geschröpft.



Beispiel (Grafik): Eine durchschnittliche Familie (Eltern im erwerbstätigen Alter) mit einem Arbeitseinkommen von 12 100 Fr./Jahr hat höhere Einkünfte als eine Familie mit einem Jahreslohn von 100 500 Fr./Jahr. Warum? Weil Eltern, die in Teilzeit oder gar nicht arbeiten, staatliche Zuschüsse und Sachleistungen aller Art erhalten, während die Fleissigen mit Steuern und Abgaben so stark geschröpft werden, dass ihnen weniger bleibt als den Faulen. Das ist ungerecht und unsozial!

Quelle: FONDATION CH 2048 / Weltwoche 06/2015

Wer das nicht will, wählt SVP

Liste 1

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
www.svp-zh.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3
unterstützen Sie unsere Arbeit.
Mit herzlichem Dank.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Die Familien stärken

Am 8. März können die Stimmbürger entscheiden, ob Kinder- und Familienzulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene fortan steuerfrei ausbezahlt werden sollen. Die SVP hat beschlossen, die CVP-Familieninitiative zu unterstützen, was ich begrüsse. Es wird Zeit, die Familien zu stärken. Diese bilden ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft. Gerade da eine Mehrheit der Parteien voraussichtlich gegen die Volksinitiative ist, hängt viel von der SVP ab.
Ein Kind kostet seine Eltern knapp 1000 Franken pro Monat, Alleinerziehende bezahlen mit 1200 Franken pro Monat noch etwas mehr, wie das Bundesamt für Statistik darlegt. Dabei handelt es sich um die direkten Konsumkosten der Kinder in einem Haushalt; nicht einberechnet sind Einbussen beim Erwerbseinkommen oder unbezahlte Arbeit im Haushalt. Familien mit Kindern – insbesondere mit Kindern in Ausbildung – sind starken finanziellen Belastungen ausgesetzt. Familienzulagen sollen diese Mehrbelastung mindern. Unser aktuelles Steuersystem lässt jedoch 20 Prozent der Familienzulagen in die Staatskasse fliessen. Und damit nicht genug. Die Familienzulagen kommen einer Lohnerhöhung gleich und lassen Familien in eine höhere Steuerprogression rutschen – nur weil sie Kinder haben. Es kann nicht Sinn der Zulagen sein, dass die Arbeitgeber die Familien einerseits unterstützen und der Staat ihnen andererseits einen Teil dieser Unterstützung wieder wegnimmt.
Gemäss Berechnungen der Initianten büssen Eltern mit der Geburt des ersten Kindes 40 Prozent ihrer Kaufkraft ein. Kinder- und Ausbildungszulagen seien dazu da, die Mehrbelastung der Familien zu mindern. Werden die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit, wie es die Initiative will, kommen sie den Familien ohne Verluste zugute und die Kaufkraft steigt.
Die SVP-Delegierten hiessen die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» mit 144 zu 96 Stimmen gut. Mit der Annahme der Initiative stehen Familien mit Kindern 1 Milliarde Franken pro Jahr mehr im Portemonnaie zur freien Verfügung. Dieses Geld fliesst durch den Konsum in die Wirtschaft zurück, welche die Zulage übrigens bezahlt, und wird nicht mehr vom stetig wachsenden Staat abgeschöpft.
Der heutige besondere Schutz für Ehe und Familie darf nicht geschwächt und aufgeweicht werden. Nächstes Jahr wird noch über die Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» zur Aufhebung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren abgestimmt, welche ebenfalls überfällig ist.

ERSTE RESULTATE DER ARBEITSGRUPPE ALTERSVORSORGE 2020

Sicherung des Dreisäulenmodells

Im letzten November hat die SVP des Kantons Zürich in Volketswil eine Fachtagung zur Berset-Altersvorsorge 2020 (AV 2020) durchgeführt. Das zentrale Thema der Sicherung unseres Dreisäulenmodells stiess auf grosses Interesse und wurde lebhaft diskutiert. Spontan hat sich aus den Teilnehmern eine Arbeitsgruppe gebildet, die durch weitere Interessierte laufend ergänzt wird. Vertreten sind Stiftungsräte, Sozialversicherungsexperten, Praktiker der Beruflichen Vorsorge, Juristen, Sozial- und Versicherungsfachleute, Pensionskassenleiter, Ökonomen und Pensionierte beiden Geschlechts.

Markus Binder
Kantonsratskandidat
Präsident SVP
Urdorf

In konzentrierter Arbeit hat diese Arbeitsgruppe die verschiedenen Aspekte der AV 2020 in fünf Sitzungen diskutiert und konkrete, praktikable Lösungsansätze erarbeitet. Von besonderer Bedeutung war für unsere Gruppe, dass von Bundesrat Berset auf die in über 170 Vernehmlassungsantworten auf fast 1300 Seiten eingebrachten Anliegen aus der Bevölkerung und von Fachkreisen zur AV 2020 praktisch überhaupt nicht eingegangen wurde. Die Botschaft des Bundesrates weist wesentliche Mängel auf, die schon von Anbeginn der politischen Diskussion klar aufgezeigt werden müssen.

Gefahr der Vollpension bannen
Zur Behebung dieser Mängel haben wir in intensiver Arbeit sechs Forderungen zur AV 2020 definiert. Diese ermöglichen, dass die Wesensmerkmale unseres Dreisäulenmodells bewahrt, dessen Leistung auf bisherigem Niveau sichergestellt und die Gefahr der Volkspension gebannt werden kann. Die Kantonale Delegiertenversammlung der SVP Kanton Zürich hat am 3. Februar 2015 in Oberglatt das Parteiprogramm 2015–2019 «Stabilität und Sicherheit» einstimmig verabschiedet. Darin ist neu als zentrales Element der Schutz unserer Altersvorsorge gemäss den Vorschlägen der Arbeitsgruppe festgehalten.

Interessen des Mittelstands
In den kommenden Monaten wird im Parlament die Botschaft zu Bundesrat Alain Bersets Monsterreform «Altersvorsorge 2020» behandelt. Nur die SVP vertritt die Interessen des Mittelstandes konsequent. Die Berufliche Vorsorge stellt den grössten Vermögensbestandteil des Bürgers dar. Die SVP will den Kerngehalt des schweizerischen Vorsorgemodells der drei Säulen schützen. Nur so ermöglichen wir dem Bürger ein würdiges Alter in Wohlstand. Nur so garantieren wir auch weiterhin den sozialen Frieden in unserer Heimat.

Einmal mehr hat die SVP – als einzige Partei im Alleingang – frühzeitig ein heisses Eisen angepackt. Wie bereits bei der Masseneinwanderung, der Sozialhilfe und der Erhaltung des Selbstbestimmungsrechts weisen wir auf drohende Gefahren hin und bieten konkrete Lösungsansätze an. Somit stellt die SVP dem Bürger Sicherheit und Stabilität auch in Zukunft sicher. Unsere Arbeitsgruppe verfolgt die Diskussion im Ständerat und hält sich bereit für weitere Aktionen.

Die Arbeitsgruppe Altersvorsorge bei ihrer Arbeit.

LESERBRIEFE

Plötzlich eine Million vorhanden

SP-Fraktionschef Markus Späth (Feuerthalen) hat mir gemäss «Landbote» (24.2.) vorgeworfen, ich hätte als Konservator des Medizinhistorischen Museums «völlig versagt» und die Sammlung «verrotten lassen». Dies trifft nicht zu. Vielmehr steht im heute noch gültigen Bericht der internationalen Evaluationskommission, die dem von SP-Regierungsrätin Regine Aeppli präsidierten Universitätsrat direkt unterstellt ist, dass unter meiner Leitung «optimale Bedingungen zum Aufbewahren, Inventarisieren und Strukturieren der Bestände der weltweit zweifellos umfassendsten Universitätsinstitution dieses Gebietes» geherrscht hätten. Zum Museum wird festgehalten: «Es beeindruckt die ausgewogene Darstellung auf hohem Niveau und das gelungene didaktische Konzept, das sowohl den Fachmann als auch den Laien anspricht.» Als ich den Rektor, den Prorektor und den Dekan anlässlich einer Sitzung vom 23. November 2007 auf die «ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung» aufmerksam machte, wurde mir geantwortet: «Die Vertreter der Universitätsleitung und der Dekan sind der Meinung, dass die Erfassung und Konservierung von Beständen und Sammlungen nicht über Bildungsgelder erfolgen sollte.» Kurz: Mir wurde jeder Franken verweigert. Ich überlasse es der geneigten Leserschaft, sich selber einen Reim darauf zu machen, warum nach meiner Entlassung durch Regierungsrätin Aeppli für genau diese Aufgabe plötzlich eine volle Million an Bildungsgeldern zur Verfügung stand.

Prof. Dr. Christoph Mörgeli,
SVP-Nationalrat, Stäfa

Keine Sozialhilfe für 18- bis 25-jährige Erwachsene

Zurzeit sind die Richtlinien der Skos in der Vernehmlassung. Es geht um den Grundbedarf, der offenbar vor zehn Jahren um sieben Prozent gesenkt wurde. Heute geht es um mögliche Erhöhungen. Mein klarer Favorit der vier vorgeschlagenen Varianten wäre die Minimalvariante: Den Grundbedarf für Alleinstehende belassen und für Grossfamilien reduzieren.

Ich würde noch weiter gehen und die Gruppe «junge Erwachsene» (18- bis 25-Jährige) ganz aus der Sozialhilfe streichen. Diese Gruppe sollte für kurzfristige Hilfe in Notlagen von den Eltern unterstützt werden. Diese haben möglicherweise die Notlage der Kinder mitzuverantworten. In der Schule sehe ich Jugendliche in der Oberstufe kurz vor der Berufswahl, die schlicht und einfach keine Lehre absolvieren können. Mangelndes Interesse, unanständig, keine Ausdauer, Unterricht schwänzen mit fragwürdigen Entschuldigungen, unterstützt durch die Eltern. Solchen Jugendlichen soll der Staat finanziell unter die Arme greifen? Der Staat sind wir. Unsere Steuerfranken für solches Gebaren einzusetzen, passt mir nicht. Bei gewissen Schülern ist der Begriff Sozialhilfe bereits im Kopf. Das erklärt auch die Aussage jener Schülerin, die nach ihrem Berufswunsch gefragt wurde. Sie werde das Gleiche wie ihr Vater werden: Sozialhilfeempfänger. Skos sei Dank! Ich hoffe auf härtere Zeiten. Solches Schmarotzertum muss endlich ein Ende haben.

Karl Bertschinger,
Kantonsratskandidat, Ebmatingen

Keine Steuergelder verschwenden für Carlos und die Sozialindustrie!

SVP Liste 1 wählen

SVP Kt. Zürich, 8600 Dübendorf, PC 80-35741-3, www.svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Volksabstimmung vom 8. März 2015

VORLAGE STADT ZÜRICH

«Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlakke, Anpassung der Anlagen für den Schlackeaustrag, Objektkredit von 38,9 Mio. Franken»

JA

Einladung zur kontradiktorischen Diskussion

Im Kreuzfeuer der Kritik: KESB – Die Kindes- und Erwachsenenschutz-Behörde

Die Kontroversen um die neue Kindes- und Erwachsenenschutz-Behörde dauern an. Seit anfangs 2013 ist die neue Behörde tätig und in der Praxis zeigen sich Problematiken, die diskutiert und im Interesse der Betroffenen gelöst werden sollten.

Es diskutieren:

Kantonsrätin **Esther Guyer** (Grüne)
Pro

Nationalrat **Alfred Heer** (SVP)
Kontra

Gesprächsleitung:
Thomas Ribi, Redaktor Neue Zürcher Zeitung

Dienstag, 10. März 2015, 20.00 Uhr
Restaurant Blue Monkey, Zunfthaus zur Schneidern, Zunftsaal, Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP der Stadt Zürich www.svp-stadt-zuerich.ch

Achtung!

Zahle
Höchstpreise
für
alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Erfolgreich
werben
im
«Zürcher Boten»
und
«Zürcher Bauern»

Politcamp 2015

20. und 21. März 2015

Wissen und Erfahrung austauschen, Neues lernen, Aktionen planen und Teamgeist leben. Eine Vorbereitung, um die SVP im Wahlkampf 2015 optimal unterstützen zu können.

Gemeinsam Aufrüsten für den Wahlkampf gegen Links!

Weitere Informationen & Anmeldung:
www.politcamp.ch

HadererDruck
Telefon 044 752 10 10
www.hadererdruck.ch
Wahlpropaganda zu Vorzugskonditionen

Sektion Bauma

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Kantonsratswahlen 2015

Lernen sie unsere Kantonsratskandidaten kennen

Wir möchten Euch einladen mit uns einen spannenden und schmackhaften Abend zu verbringen. Umrahmt vom Chelleländer Jodlerchörli und den Trychlern aus Fischenthal

- **beginnen Sie den Abend mit einem wunderbaren Apéro untermahlt von Jodelklängen**
- **lernen Sie unsere SVP Kantonsratskandidaten aus dem Bezirk Pfäffikon kennen**
- **geniessen sie unser reichhaltiges Käsebuffet im „Alphüttli" und ein gutes Glas Wein**

Wo: ***Natürli ZüriOberland AG, Frauwiesstrasse 8, 8493 Saland***
Wann: ***Donnerstag, 05.03.2015***

Programm:

19.00 Uhr	**Türöffnung**
19.00 Uhr	**Apéro**
20.00 Uhr	**Einmarsch der Kandidaten mit den „Trychler"**
anschl.	**Vorstellung der Kandidaten**
ca.20.50 Uhr	**Eröffnung Käsebuffet**

Hans Heinrich Raths Reinhard Fürst Roland Bänninger Paul von Euw René Truninger Patrick Friedli Marcel Marfurt

Die gesamte Konsumation wird ihnen von der SVP Bauma, der Konditorei Voland und der Firma Export&Import Handling offeriert.
Sponserd by:

Export & Import Handling

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

Kaufe Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Zu verkaufen: Wegen Aufgabe der Mosterei ältere Packpresse und Obstmühle "Vo, beides gut erhalten. Auskunft: Telefon 052 363 18 01.

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 924 20 70

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Werben Sie deshalb in Ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP.

Mit dem Neumitglieder-Wettbewerb können Sie mit Ihrer Ortspartei von Anfang Februar bis Ende November 2015 teilnehmen und tolle Preise gewinnen. Die Hauptpreise gewinnen die Sektion, die bis Ende November am meisten Neumitglieder im Verhältnis zur heutigen Mitgliederzahl gewonnen hat und die Sektion, welche am meisten Neumitglieder (Anzahl) geworben hat.

Der Hauptpreis: Die Sektionen mit den meisten Neumitgliedern gewinnen je 20 Tickets für die Albisgüetli-Tagung 2016.

Ein Sommer-Etappenpreis wird noch bekanntgegeben.

Um am Neumitglieder-Wettbewerb teilzunehmen, können die bestehenden Mitgliedertalons verwendet werden. Bitte kennzeichnen Sie diese mit einem grossen «W» für Wettbewerb.

Mitgliederkarten bestellen unter
044 217 77 66 oder
sekretariat@svp-zuerich.ch

EINLADUNG

ZUM REFERAT VON ROGER KÖPPEL
WELTWOCHE-VERLEGER UND CHEFREDAKTOR

Erfolgsmodell Schweiz – Optimistisch in die Zukunft!

Donnerstag, 5. März 2015, 20.15 Uhr
Gemeindesaal Nassenmatt
Lielistrasse 16 in 8904 Aesch ZH • Eintritt frei • Türöffnung: 19.30 h

Begrüssung und Moderation
Diego Bonato, Gemeinderat Aesch ZH und SVP-Kantonsratskandidat

VERANSTALTUNG MIT SVP-REGIERUNGSRAT MARKUS KÄGI:

Wald und Wild im Kanton Zürich

Es referiert Regierungsrat
Markus Kägi

Sonntag, 1. März 2015
10 bis 12 Uhr, Guntalingen / Stammertal
Signalisation ab Einfahrt Guntalingen

Zusammen mit Regierungsrat Markus Kägi bringt uns die Jagdgesellschaft Guntalingen Jagd und Wild in Theorie und Praxis näher, mit Apéro.

Anwesend sind auch unsere SVP-Kantonsratskandidaten

Konrad Langhart, bisher **Martin Zuber**, bisher **Jürg Grau** **Paul Mayer**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und Ihre Stimme!

Liste 1
www.svp-bezirk-andelfingen.ch SVP Bezirk Andelfingen

Energie-Steuer NEIN
Zürcher Komitee

«Noch mehr Bürokratie? Noch höhere Produktionskosten? NEIN zur schädlichen Energie-Steuer!»

Bruno Amacker Kantonsrat **Toni Bortoluzzi** Nationalrat **Claudio Zanetti** Kantonsrat **Barbara Steinemann** Kantonsrätin **Peter Uhlmann** Unternehmer **René Isler** Kantonsrat **Ernst Stocker** Regierungsrat

Abstimmung 8. März 2015

Zürcher Komitee «Energiesteuer Nein»

FDP Die Liberalen · SVP · BDP · EDU UDF · EVP · HEV Kanton Zürich · KGV · Zürcher Handelskammer

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 2. März 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Ottenbach
Samstag, 21. März 2015, 09.30–11.00 Uhr, Dorfplatz, Ottenbach, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Freitag, 6. März 2015, 19.00 Uhr, Mehrzweckhalle, Bachenbülach, öffentliche Podiumsveranstaltung zum Thema: «Die Welt aus den Fugen: Wird 2015 ein Schicksalsjahr?» mit NR Hans Fehr, SVP; NR Doris Fiala, FDP; und KR Peter Reinhard, EVP. Podiumsleitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor Zürcher Unterländer. Moderation: GR Michael Biber, Kantonsratskandidat. Ablauf: 19.00 Uhr Einführungsreferat von Franz Bieger, Gemeindepräsident, 19.20 Uhr Podium, 20.00 Uhr Diskussion, 20.30 Uhr Apéro. Veranstalter: Bachenbülacher Parteien SVP, FDP, EVP. Patronat: Gemeinde Bachenbülach.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 7. März 2015, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 26. Politstamm, mit SVP-Kantonsratskandidatin Erika Zahler. Thema: «Gebühren», gerechtfertigt oder nur Abzocke?

Bezirk Dietikon / Aesch
Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Dorfplatz, Aesch, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Samstag, 28. Februar 2015, 8.30–12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Montag, 23. März 2015, 19.30 Uhr, Restaurant Sommerau, Dietikon, Öffentlicher Informationsanlass «Altersvorsorge 2020». Referenten: Hanspeter Konrad, Direktor Schweizerischer Pensionskassenverband, SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi und Markus Binder, Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP Zürich. Anschliessend Apéro.

Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Oberengstringen
Samstag, 14. März 2015, 9.00–14.00 Uhr, Einkaufszentrum, Oberengstringen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Schlieren
Samstag, 14. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Zentrum, Schlieren, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Zentrum, Schlieren, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Spitzacker, Urdorf, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Spar Vorplatz, Urdorf, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Samstag, 28. Februar 2015, 19.00 Uhr, Nef Holzwaren, Holderbaum, Bauma, Fondueplausch mit SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Anmeldung bei Kurt Münger, Tel. 078 657 00 34, kurt.muenger@sunrise.ch

Bezirk Uster / Dübendorf
Mittwoch, 25. März 2015, 19.30 Uhr, Restaurant «La Cantina, Settimio», Im Schörli 5, Dübendorf, Öffentliche Veranstaltung: Wie bleiben wir frei? Mit Nationalrat Toni Brunner und SVP-Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Stadt und Bezirk Winterthur
Sonntag, 22. März 2015, 10.00–16.00 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi, vis-à-vis Media Markt, Jazzmatinée. Es spielen für Sie von 11.00 bis 15.00 Uhr: Togg Seven, Jazzband. Eintritt frei / Festwirtschaft.

Stadt Zürich
Dienstag, 10. März 2015, 20.00 Uhr, Restaurant Blue Monkey, Zunfthaus zur Schneidern, Zunftsaal, Stüssihofstatt 3, Zürich, Kontradiktorische Diskussion zum Thema: KESB – Die Kindes- und Erwachsenenschutz-Behörde. Mit SVP-Nationalrat Alfred Heer (contra) und Grüne-Kantonsrätin Esther Guyer (pro).

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 7. März 2015, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 28. Februar 2015, 10.00–12.00 Uhr, an der Höschgasse, Zürich-Seefeld, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, am Toblerplatz und Kirche Fluntern, Zürich, Standaktionen.

Samstag, 14. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, im Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, im Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, am Kreuzplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 14. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 21. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Wipkingen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Donnerstag, 26. März 2015, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Zürich, Generalversammlung und Vorstellung der Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 28. Februar 2015, 09.00–12.00 Uhr, an der Schaffhauserstrasse vor der Maria Lourdes Kirche, Seebach, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Jonas-Furrerstrasse, vor der Post, Affoltern, Standaktion.

Samstag, 14. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, am Marktplatz, Oerlikon, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Schaffhauserstrasse vor der Maria Lourdes Kirche, Seebach, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 28. Februar 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 7. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 14. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 11. April 2015, 09.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Samstag, 7. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, Kreuzplatz, Zürich, Standaktion mit Kantonsratskandidatin Nina Fehr Düsel. Wir offerieren Kaffee und Kuchen.

Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 3. Juli 2015, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 5. März 2015, 19.30 Uhr, Blauer Saal, Volkshaus Zürich, Podiumsveranstaltung zum Thema: Wieviel Hilfe ist sozial? U. a. mit SVP-Kantonsrat Claudio Schmid. Veranstalter: SP Stadt und Kanton Zürich.

Samstag, 7. März 2015, 9.45–12.00 Uhr, Grossrats-Saal im Grossratsgebäude, Obere Vorstadt 10, Aarau, 10. sifa-Wintertagung, Vortrag von SVP-Nationalrat Lukas Reimann: So sorgen wir für mehr Sicherheit! Anschliessend Diskussion und Apéro.

Montag, 9. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, Restaurant Kreuz, Bern, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Montag, 16. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, beim Bahnhof, Lausanne, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Mittwoch, 18. März 2015, 19.15–21.30 Uhr, im Hotel Chur, Chur, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

Dienstag, 24. März 2015, 20.00 Uhr, Löwensaal, Rüti, öffentliche Veranstaltung/Streitgespräch zu Schwerpunkten der Märzsession mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Martin Naef, SP. Gratisapéro.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN

Bezirk Andelfingen
Sonntag, 1. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, Guntalingen/Stammertal, Signalisation ab Einfahrt Guntalingen, Jagd und Wild in Theorie und Praxis, mit Regierungsrat Markus Kägi und SVP-Kantonsratskandidaten. Mit Apéro.

Mittwoch, 4. März 2015, 11.45–14.15 Uhr, Restaurant Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, SVP-Politlunch mit SVP-Kantonsrat Martin Zuber und SVP-Kantonsratskandidat Jürg Grau.

Bezirk Bülach
Donnerstag, 19. März 2015, 19.30 Uhr, Stromhaus Burenwisen, Glattfelden, Besichtigung Stromhaus und Apéro mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker und SVP-Kantonsratskandidaten.

Bezirk Bülach / Höri
Donnerstag, 26. März 2015, 19.45–21.30 Uhr (19.00 Uhr Apéro und Führung durch die Kunstschlosserei), Peter Hiltebrand, Altmannsteinstrasse 20, Höri, Referate von Nationalrätin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrätin Ursula Moor (SVP). Anwesend sind SVP-Kantonsräte und -Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dielsdorf / Furttal
Samstag, 14. März 2015, 10.00–10.45 Uhr, Gasthof «Höfli», Otelfingen, 5. Öffentlicher Politstamm mit Regierungsrat Markus Kägi. Thema: Stabilität und Sicherheit. Anschliessend Diskussion und Apéro.

Bezirk Dietikon / Aesch
Donnerstag, 5. März 2015, 20.15 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Gemeindesaal Nassenmatt, Lielistrasse 16, Aesch ZH, Referat von Roger Köppel, «Weltwoche»-Verleger und Chefredaktor, zum Thema: «Erfolgsmodell Schweiz – Optimistisch in die Zukunft!», mit anschliessender Fragerunde, Eintritt frei. Begrüssung und Moderation durch Gemeinderat und SVP-Kantonsratskandidat Diego Bonato, Aesch ZH. Überparteiliches Unterstützungskomitee Diego Bonato in den Kantonsrat.

Bezirk Hinwil / Seegräben
Dienstag, 17. März 2015, 20.15 Uhr, Alders Restaurant, Zürichstrasse 22, Aathal, Referat von Regierungsrat Markus Kägi und Vorstellung der SVP-Kantonsratskandidaten des Bezirks Hinwil. Öffentliche Veranstaltung.

Bezirk Horgen
Samstag, 7. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, Seeblick Garage AG, Hügsamstrasse 2, Samstagern, Podiumsdiskussion zum Thema: Wirtschaftsmotor Kanton Zürich im Stottern? U. a. mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker. Anschliessend Stehlunch. Anmeldung an info@seeblick-garage.ch

Bezirk Horgen / Wädenswil
Donnerstag, 5. März 2015, 19.30 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, Au-Saal, Öffentliche Veranstaltung zum Thema Flughafen Zürich. Mit Regierungsrat Ernst Stocker und SVP-Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Donnerstag, 5. März 2015, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), Natürli ZüriOberland AG, Frauwiesstrasse 8, Saland, Öffentliche Wahlveranstaltung Regierungsrats- und Kantonsratswahlen 2015. Anschliessend Käsebuffet.

Bezirk Winterthur
Sonntag, 8. März 2015, 10.00–14.00 Uhr, Schulstrasse 27, Wisenthalle, Wiesendangen, reichhaltiger kostenloser Bauernbrunch mit div. Marktständen. Mit Regierungsrat Markus Kägi, SVP-Kantonsratskandidat Martin Hübscher und Gästen. Musikalische Unterhaltung. Keine Anmeldung nötig.